

## Kommentar:

### Internationale Klimapolitik: Durban ... und nun?

Nicht schon wieder ein Kommentar über eine erfolglose Klimakonferenz! Wen interessiert das denn eigentlich noch? Wer den Verlauf der letzten Klimakonferenz in Durban verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, dass das Interesse der Öffentlichkeit an einer weiteren mutmaßlich erfolglosen Veranstaltung dieser Art doch stark geschwunden ist. Dennoch lohnt es sich, einigen Aspekten dieser jüngsten Konferenz etwas Aufmerksamkeit zu schenken. Im Vordergrund standen diesmal hauptsächlich nationale Interessen. Aber der Reihe nach: Die 17. UN-Klimakonferenz, zugleich die 7. Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls, fand vom 28. November bis zum 11. Dezember 2011 im südafrikanischen Durban statt. Das Klima ist dort (meteorologisch gesehen) eher warm. Hitzig waren die Diskussionen, die dort geführt wurden – wie schon bei den letzten Klimakonferenzen. Eher kühl fielen hingegen sowohl das mediale Interesse als auch die Reaktionen der Warner vor dem Klimawandel aus, die wie bereits in den Jahren zuvor vor allem die Unverbindlichkeit der Beschlüsse beklagten.

Sachlich betrachtet stellt sich das Ergebnis der Konferenz so dar: Einerseits wurde ein Zeitplan über einen neuen weltweiten Klimavertrag beschlossen. Ende 2012 soll auf der Folgekonferenz in Katar das Kyoto-Protokoll mit einer zweiten Verpflichtungsperiode ab 2013 verlängert werden. Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen der unterzeichnenden Industriestaaten um 25% bis 40% gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Vorschläge für ihren Reduktionsbeitrag sollen die beteiligten Industriestaaten bis Mai 2012 einreichen. Die Entscheidung über die Dauer dieser zweiten Verpflichtungsperiode (entweder bis 2017 oder bis 2020) soll ebenfalls Ende des Jahres in Katar getroffen werden. Bis 2015 soll dann über ein verbindliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll verhandelt werden. Dieses soll 2020 in Kraft treten und auch die Schwellenländer einschließen. Andererseits bleiben die in Durban getroffenen Beschlüsse hinsichtlich der Umsetzung unverbindlich. Dies betrifft auch die Rechtsform des Abkommens für die Zeit ab 2020. Es wurde lediglich eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, ein „Protokoll, anderes rechtliches Instrument oder vereinbartes Ergebnis mit rechtlicher Wirkung“ vorzubereiten.

Der aktuelle Stand der Dinge erscheint für die Europäische Union unverändert problematisch. Die Asymmetrie zwischen internationaler Wahrnehmung der Klimaproblematik und den eigenen, ambitionierten Reduktionszielen besteht weiter, vor allem im Vergleich zu den USA oder China. Europas Vorbildfunktion scheint andere Staaten bisher nicht ausreichend motiviert zu haben. Im Gegenteil: Kanada ist formell aus dem Kyoto-Protokoll ausgetreten, und auch Japan und Russland wollen sich nicht an einer Verlängerung des Kyoto-Protokolls beteiligen. Die beiden weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen – die USA und China – lassen sich auch weiterhin nicht auf verbindliche Ziele festlegen. Der Klimawandel ist aber ein globales Problem und kann auch nur global gelöst werden. Die aktuelle Konstellation mit der exponierten Position Europas und seinen ehrgeizigen Zielen führte bisher lediglich zu einer Schwächung der energieintensiven Industrie Europas im internationalen Wettbewerb und tut dies auch in Zukunft. Dem Klima ist damit hingegen angesichts eines europäischen Anteils an den globalen Treibhausgasemissionen von lediglich rund 11% wenig geholfen. Eine weitere, einseitige Verschärfung der europäischen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion erscheint somit nicht zielführend. Insbesondere sollte auch Deutschland vielleicht noch einmal seine Verpflichtung überdenken, die Emissionen bis 2020 um 40% zu reduzieren.

*Wilfried Ehrenfeld  
(Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de)*